

Neoliberale Luft aus Kyoto

hb Angesichts der aktuell wieder aufkeimenden Diskussion um den Klimaschutz wird allenthalben das Kyotoprotokoll, bzw. mögliche Post-Kyoto-Vereinbarungen, als Heilsbringer präsentiert. Es lohnt sich, einen genaueren Blick darauf zu werfen, wessen Geistes Kind dieses Papier ist.

Den Ausgangspunkt der weltweiten Bemühungen um Klimaschutz stellt der UN-Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio dar. Nebst dem Papier Agenda 21 (in welchem im übrigen Atomenergie und grüne Gentechnik ihren nachhaltigen Segen erhalten) wurden verschiedene weitere Prozesse in Gang gesetzt. Einer davon: Die sogenannten COPs (Conference of the Parties), auf welchen über ein zukünftiges Klimaschutzabkommen verhandelt werden sollte. Die dritte COP im japanischen Kyoto gab dem allgemein bekannten Abkommen seinen Namen.

Nach den gescheiterten Verhandlungen 2000 in Den Haag durfte man sich 2001 in Bonn letztendlich auf die Schulter klopfen: Das Kyoto-Protokoll trat in Kraft.

5% oder 60%?

Wissenschaftliche Grundlage für die Kyoto-Verhandlungen bildet das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), welches den kürzlich in den Medien reichlich beachteten Klimabericht verfasste. Jedoch, bereits 2001 lautete die Prognose des IPCC: Zwischen 60% und 90% Reduktion der Treibhausgase innerhalb der nächsten Jahre seien notwendig, um die Folgen des Klimawandels unter Kontrolle zu halten. Indes, die Verhandlungen über Reduktionsziele kamen nicht mal annähernd in derartige Regionen, letztendlich einigte man sich auf 5% (gemessen zwischen 1990 und 2012). Doch auch diese lächerlichen Ziele finden vor allem auf dem Papier statt.

Wallfall-Profits – oder warum Deutschland der größte Klimaschützer ist

Die lautesten Fürsprecher der Vereinbarung von Kyoto - das waren 2001 vor allem Jürgen Trittin und Gerhard Schröder. Man klopfte sich auch gerne dafür auf die Schulter, dass man mit 21% Reduktion deutlich mehr Last als die meisten anderen Länder übernahm - wenig

überraschend, existierte 1990 noch ein Großteil der ehemaligen DDR-Industrie - vor allem auf Grundlage der Braunkohleverstromung - die in den Folgejahren massiv zurückgefahren wurde. Nicht aus ökologischen Erwägungen, sondern als Sanierungsprogramm im Zuge der deutschen Einheit. Dass Deutschland seine Reduktionsziele aller Voraussicht trotzdem nicht erreichen wird (und das war auch unter Rot-Grün kaum umstritten), sei hier nur als Randnotiz erwähnt.

Luft als Ware

In Zeiten der kapitalistischen Krisenverwaltung existiert ein immanentes Problem: Wiewohl die gesamte Wirtschaftsordnung auf einen permanenten Wachstumsprozess ausgerichtet ist, ist jedes reale Wirtschaftswachstum natürlichen Grenzen unterworfen. Bereits 1972 wurde dies im immer noch aktuellen Werk »Die Grenzen des Wachstums« (Dennis Meadows) festgestellt. Dank steigender Produktivkraftentwicklung, insbesondere in Folge der informationstechnologischen Revolution, denkt sich der Kapitalismus immer neue Methoden der Wertverwertung aus. Ein Beispiel hierfür sind etwa die immer restriktiver werdenden Regelungen zu sogenanntem »geistigen Eigentum« - ein anderes die Möglichkeit, Luft in Form von Verschmutzungszertifikaten handelbar zu machen. Das zentrale Element der Kyoto-Vereinbarung ist der Aufbau eines Marktes für Verschmutzungsrechte - zwar noch nicht Realität, aber absehbar ist, dass auch Entwicklungs- und Schwellenländer Teil dieses Marktes werden sollen. Sich auszumahlen, dass bald Verschmutzungszertifikate zur Schuldentilgung beim IWF erhalten dürfen - und damit jegliche Möglichkeit zum wirtschaftlichen Aufstieg, möglicherweise auch militärisch, behindert wird. Nun ist es keineswegs vorgesehen, allen Ländern die selben Emissionsrechte, anhand von Fläche oder Bevölkerungszahl, zuzugestehen. Es wird immer von Reduktionszielen ausgegangen (also wer bisher viel verbraucht hat, darf das auch weiterhin) - die genauen Zahlen sind Verhandlungsspielraum - der Begriff Neokolonialismus trifft es wohl am besten.

Clean Development Mechanisms, Joint Implementation, Senken

Neben dem Handel mit Emissionszertifikaten sind weitere Mechanismen vorgesehen, etwa die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern (Clean Development Mechanisms), die Gemeinsame Erfüllung von Reduktionszielen (insbesondere für die EU dank Osterweiterung attraktiv), sowie sogenannte Senken. Das sind etwa Aufforstungsmaßnahmen - die Abholzung von Wäldern wird jedoch umgekehrt nicht als zusätzliche Emission angerechnet.

Insbesondere der Mechanismus der Senken ist problematisch - so ist es vorstellbar, Mischwälder

durch Monokulturen zu ersetzen, die größere CO₂-Mengen speichern - deren ökologischer Wert jedoch deutlich geringer ist und die deutlich anfälliger für Schädlingsbefall und Sturmschäden sind. Selbst der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen, die besonders viel CO₂ speichern, wird nicht ausgeschlossen.

Die Nutzung von Atomenergie als Clean Development Mechanism ist im Moment ausgeschlossen - taucht jedoch als Vorschlag, etwa von der IAEA, immer wieder auf.

Links

Resolution des Bundesökologietreffens gegen das Kyotoprotokoll (2001): www.fs.tum.de/bsoe/resolutionen/kyoto_protokoll.html

Inzwischen eingestellte Zeitschrift Ö-Punkte; Download der Ausgabe 2/2001 zum Klimagipfel in Bonn mit umfangreichen Hintergrundtexten möglich: www.projektwerkstatt.de/oepunkte



Braunkohle schützt das Klima (nicht)

fb Nach der mehr Flugverkehr-schützt-das-Klima-Propaganda der Lufthansa in der vorheigen SPIEGEL-Ausgabe (siehe Kommentar „Die größte Klimälüge der Lufthansa“, S. 14), setzt RWE im SPIEGEL Nr. 23/2007 noch mal einen drauf: Braunkohle soll jetzt auch zum Klimaschutz beitragen.

Die Konzernstrategien beider Anzeigen sind übereinstimmend: etwas Klimaschädliches wird in ein grünes Kleidchen zu packen versucht. Das ist bei der Lufthansa der Flugverkehr, der zu den folgenschwersten Treibhaus-Machern gehört, bei RWE nun der Neubau von Braun-

kohlekraftwerken. Nur gelingt es der Lufthansa etwas besser, ihre absurde Propaganda zu verschleiern, da sie mit dem Feld „Flugsicherung“ ein für viele Menschen unklares Gebiet zur Argumentation heranzieht und erst in den letzten Zeilen durchblicken lässt, was sie wirklich will.

RWE zeigt sich unverhüllt dreist: Den Start in ein neues Energiezeitalter nennt der Klima-Macher den Bau neuer Braunkohlekraftwerke. Statt das Auslaufen der alten Dreckschleudern zum Anlass zu nehmen, auf regenerative Energien umzusteigen, brüstet sich RWE damit, die CO₂-Emissionen ihrer Anlagen um gerade

mal 30% senken zu wollen. Das ist doch schon mal was, mag mensch da zunächst denken. Diese „Investitionen“ betonieren die Energieversorgung der nächsten Jahrzehnte erneut, denn kein kapitalistisches Unternehmen wird freiwillig auf den Betrieb seiner Anlagen verzichten. Jetzt wäre der Zeitpunkt, massiv erneuerbare Energien zur Abdeckung des durch den Wegfall der alten Dreckschleudern entstehenden Energiebedarfs zu decken. RWE blockiert diesen Wandel und beschönigt das auch noch als „Klimaschutz“.